

Handlungskonzept „Perspektive Europa“

1. Ausgangssituation
 - 1.1. Rahmenbedingungen
 - 1.2. Strategie Europa 2020
 - 1.3. Europäische Investitionsoffensive

2. Schwerpunkte der Europaarbeit in der Stadtverwaltung
 - 2.1. Europäische Förderprogramme
 - 2.1.1. Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung „Investition in Wachstum und Beschäftigung“ EFRE
 - 2.1.2. Europäischer Sozialfonds ESF
 - 2.1.3. Projektauftrag EFRE und ESF
 - 2.1.4. Europäische Aktionsprogramme
 - 2.1.4.1. Horizont 2020
 - 2.1.4.2. Kreatives Europa
 - 2.1.4.3. ERASMUS+
 - 2.1.4.4. Europa für Bürgerinnen und Bürger (EfBB)
 - 2.2. Städtepartnerschaften
 - 2.3. Europa den Bürgerinnen und Bürger verständlicher machen
 - 2.4. Kulturelle Zusammenarbeit
 - 2.5. Zuwanderung aus Südosteuropa
 - 2.6. Kommunale Daseinsvorsorge

3. Mitgliedschaften und Aktivitäten der Stadt in wichtigen Europäischen Netzwerken
 - 3.1. EUROCITES
 - 3.2. Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)/ Council of European Municipalities and Regions (CEMR)
 - 3.3. Deutsch-Österreichisches URBAN-Netzwerk
 - 3.4. Klimabündnis
 - 3.5. Konvent der Bürgermeister (Covenant of Mayors)
 - 3.6. Regionale Netzwerke auf Landesebene

4. Auszeichnung der Stadt Dortmund als Europaaktive Kommune in NRW

5. Ziele und Handlungsempfehlungen
 - 5.1. Verstärkte Akquise von EU-Fördermitteln und Durchführung von europäischen Projekten in der Stadtverwaltung
 - 5.1.1. Handlungsempfehlungen zu den Strukturfonds EFRE und ESF
 - 5.1.2. Handlungsempfehlungen zu den Aktionsprogrammen
 - 5.2. Europa den Dortmunder Bürgerinnen und Bürgern verständlicher machen
 - 5.2.1. Handlungsempfehlungen
 - 5.3. Stärkere Einbindung der Politik in die Europaarbeit
 - 5.3.1. Handlungsempfehlungen
 - 5.4. Stärkung der Lobbyarbeit und Mitarbeit in den europäischen Netzwerken
 - 5.4.1. Handlungsempfehlungen
 - 5.5. Stärkere Vernetzung der Stadtverwaltung mit den Akteuren der Zivilgesellschaft
 - 5.5.1. Handlungsempfehlungen

Handlungskonzept Perspektive Europa

1. Ausgangssituation

1.1. Rahmenbedingungen

Die europäische Politik bestimmt zunehmend das rechtliche und politische Handeln in Dortmund und ist wichtiger Teil der Kommunalpolitik.

Als innerstaatlicher Hoheitsträger sind Kommunen gemeinschaftsrechtlich verpflichtet, in allen Aufgabenbereichen, die in ihre Zuständigkeit fallen, geltendes Gemeinschaftsrecht anzuwenden und zu beachten, um so einen Vollzug in der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedsstaat der Europäischen Union sicherzustellen.

Damit prägen und beeinflussen europäische Rechtsnormen kommunale Handlungsspielräume. Ein Großteil aller kommunalrelevanten Rechtsnormen entsteht durch europäische Verordnungen oder hat seinen Ursprung in europäischen Richtlinien. So beruht z.B. das deutsche Vergaberecht auf europäischen Richtlinien und bei der Ausgestaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs müssen europarechtliche Vorgaben beachtet werden. Die Luftreinhaltepläne mit Maßnahmen wie Umweltzonen und die Lärmaktionspläne gehen ebenfalls auf EU-Regelungen und Richtlinien zurück, die in nationales Recht umgesetzt wurden und von der Kommune durchgeführt werden müssen.

Da die Kommunen häufig letzte Instanz für die Umsetzung europäischen Rechts sind, muss es im Interesse der Kommunen liegen, schon während des Entstehungsprozesses dieser gesetzlichen Vorgaben die eigenen kommunalen Interessen einzubringen. Deshalb engagiert sich die Stadt im Rahmen von EURO CITIES durch frühzeitige Stellungnahmen und damit im Austausch mit der Europäischen Kommission und mit den europäischen Abgeordneten in laufenden Rechtsetzungsverfahren.

Mit dem Vertrag von Lissabon besteht seit 2009 eine stärkere Berücksichtigung der kommunalen Interessen innerhalb der Europäischen Union. Neben der Europäischen Union, dem Bund und den Ländern sind die Kommunen die vierte Verwaltungsebene im politischen Mehrebenensystem und bilden die unmittelbare Brücke zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Aktuell ist die Einstellung vieler Deutscher zu Europa und zur Europäischen Integration deutlich ambivalenter und komplexer als noch vor einigen Jahren. Die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise, die damit einhergehenden fiskalischen Rettungsmaßnahmen für angeschlagene Euro-Länder in Süd-Europa, das generelle Schwächeln des europäischen Wirtschaftsraums und eine zunehmend hohe (Jugend-) Arbeitslosigkeit etwa in Spanien oder Griechenland haben in der Bevölkerung zunehmend zu Europaskepsis und -kritik geführt. Deshalb ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger in Veranstaltungen über die europäische Politik zu informieren. Denn nirgendwo sonst ist Politik näher am Bürger, werden politische Entscheidungen sichtbarer als auf der kommunalen Ebene und so greifbar für die Bevölkerung.

Deshalb ist die Verankerung des europäischen Themas in der Zivilgesellschaft vor Ort wichtig, z.B. durch Informationsveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger. Dabei hat sich die gute langjährige Zusammenarbeit mit den europapolitischen Akteuren in Dortmund bewährt.

1.2 Strategie Europa 2020

Die EU-Kommission hat mit der Strategie Europa 2020 Ziele vorgegeben um den europäischen Wirtschaftsraum zu stärken. Die Strategie Europa 2020 ist Grundlage für die aktuelle Förderperiode 2014-2020.

Die Europa Strategie 2020, die im Juni 2010 vom Europäischen Rat angenommen wurde, will eine intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft mit einem hohen Maß an Beschäftigung, Produktivität und sozialem Zusammenhalt schaffen. Die drei sich gegenseitig verstärkenden Prioritäten intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum sollen durch die folgenden Kernziele erreicht werden:

Beschäftigung	75 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sollten in Arbeit stehen.
F&E und Innovation	3 % des BIP der EU sollten für F&E aufgewendet werden.
Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft	Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 % (oder sogar um 30 %, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind) gegenüber 1990; Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 %; Steigerung der Energieeffizienz um 20 %.
Bildung	Verringerung der Schulabbrecherquote auf unter 10%; Steigerung des Anteils der 30-34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulausbildung auf mindestens 40 %.
Bekämpfung von Armut und soziale Ausgrenzung	Die Zahl der armutsgefährdeten Personen soll um 20 Millionen sinken.

Insgesamt kommt Europa bei Klimawandel, Energie und Bildung bei der Erfüllung der Europa 2020 Ziele voran, bei Forschung und Entwicklung, Beschäftigung und Armutsbegrenzung sind die Fortschritte jedoch begrenzt.

Deutschland hat zur Halbzeitbilanz seine Europa 2020 Ziele bei Beschäftigung, den Forschungs- und Entwicklungsausgaben und bei der Reduzierung der Schulabbrüche fast erreicht. Der Rückgang der Treibhausgasemissionen liegt in Deutschland im Vergleich zu 1990 bei 27% und der Anteil an erneuerbaren Energien bei ca. 22%.

Dortmund hat im Vergleich zu 1990 die CO₂ Emission um ca. 30% (2011) verringert. Ziel ist, bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen um 40% und bis 2050 um 80% zu verringern. Damit geht Dortmund über die Ziele der Strategie Europa 2020 hinaus. Der Anteil erneuerbarer Energien liegt in Dortmund bei ca. 5%.

Erstmals seit 1983 erreicht Dortmund wieder das Beschäftigungsniveau der damaligen Zeit, als Kohle, Stahl und Bier noch einen hohen Anteil an der Dortmunder Wirtschaftsleistung hatten. Gleichwohl liegt die Arbeitslosenquote in Dortmund bei 12,8 % (April 2015).

1.3 Europäische Investitionsoffensive

Die Europäische Kommission hat eine Investitionsoffensive (Juncker-Paket) mit einem Volumen von mindestens 315 Mrd. Euro angekündigt, um das Wachstum in Europa wieder anzukurbeln und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die Kernpunkte des Paketes betreffen die Einrichtung eines Investitionsfonds (EFSI) bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie die Errichtung einer Projektpipeline für Infrastrukturvorhaben. Gefördert werden sollen insbesondere strategische Investitionen, z.B. in Breitband- und Energienetze, sowie kleinere Unternehmen mit weniger als 3.000 Beschäftigten. Der EFSI soll bis spätestens September 2015 eingerichtet sein.

2. Schwerpunkte der Europaarbeit in der Stadtverwaltung

Die Koordinierung der Europaarbeit ist eine kommunale Querschnittsaufgabe im Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates. Dadurch wird die Bedeutung des Themas Europa in der Dortmunder Kommunalpolitik deutlich. Die immer umfangreicheren europäischen Anforderungen an die Kommune, aber auch die Chancen, die sich aus den zahlreichen Förderprogrammen ergeben, werden hier ausgewertet und an die Fachbereiche weitergeleitet. Der Bereich „Internationale Beziehungen/Europa“ ist Bindeglied zu den europäischen Netzwerken sowie zu den Akteuren in Dortmund.

Im Sommer 2014 wurde innerhalb der Verwaltung unter Beteiligung aller Dezernate eine Europa-Runde eingerichtet. Themen und Schwerpunkte werden in Abstimmung mit den Dezernaten bzw. Fachbereichen durch das Büro Internationale Beziehungen/Europa vorgeschlagen und vorbereitet. In der Europa-Runde wird über aktuelle europäische Themen informiert, Stellungnahmen werden vorbereitet und Arbeitsschwerpunkte für die Europaarbeit vorgeschlagen. Geleitet wird die Europa-Runde durch das Büro Internationale Beziehungen/Europa. Die Koordination der Mitarbeit der Dezernate/Fachbereiche in europäischen Netzwerken erfolgt in der Europa-Runde.

Durch die Europa-Runde wurde ein Ziel der stärkeren Vernetzung zum Thema Europa in der Verwaltung angegangen. In mehreren Sitzungen mit Vertreterinnen und Vertretern aller Dezernate und einzelner Fachbereiche wurde in einer vorgeschalteten Befragung in der Verwaltung sowie in den Sitzungen die bisherigen Europa-Aktivitäten weitgehend erfasst und zukünftige Schwerpunkte der Europaarbeit sowie Handlungsempfehlungen vorgeschlagen.

Der Verwaltungsvorstand gibt als Steuerungsrunde wichtige Impulse für die Europaarbeit. Er stellt zudem sicher, dass die Europaarbeit durch die Dezernate und Fachbereiche unterstützt und durchgeführt wird. Das zentrale politische Gremium ist seit Sommer 2014 der Ausschuss für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung. Der Ausschuss ist für alle kommunalrelevanten europäischen Themen - insbesondere wirtschaftsrelevante - zuständig und wird regelmäßig über die Umsetzung des Handlungskonzeptes Perspektive Europa informiert.

Die bisherigen Schwerpunkte sollen auch weiterhin Priorität für die Europaarbeit in der Stadtverwaltung haben:

- Europäische Förderprogramme (Förderperiode 2014-2020)
- Städtepartnerschaften
- Zuwanderung aus Südosteuropa
- Kulturelle Zusammenarbeit
- Europa den Dortmunder Bürgerinnen und Bürgern verständlicher machen, z.B. durch gemeinsame Veranstaltungen mit den Akteuren vor Ort (z. B. Auslandsgesellschaft, Europa Union etc.)
- Kommunale Daseinsvorsorge

Die Umsetzung der einzelnen Schwerpunkte sowie die dazu gehörigen Maßnahmen erfolgen eigenverantwortlich in den Dezernaten und Fachbereichen.

Neben diesen inhaltlichen Themen wirken sich europäische Rechtssetzungen, Verordnungen und Richtlinien im Beihilferecht, Umwelt- und Abfallrecht, Vergaberecht, Ausländer-, Asyl- und Freizügigkeitsrecht auf die Kommune aus.

2.1 Europäische Förderprogramme

Die Europäische Union bietet eine Vielzahl von Förderprogrammen, mit denen sie Mittel zur Umsetzung ihrer allgemein- und strukturpolitischen Ziele bereitstellt. Zahlreiche Programme berühren die Interessen von Kommunen und bieten die Chance, über die EU-Förderung eigene Projektideen zu realisieren.

In der Fördersystematik können grundsätzlich zwei große Programmgruppen, die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds sowie die Aktionsprogramme, unterschieden werden.

Im Rahmen der neuen EU-Förderperiode 2014-2020 stehen folgende Fördermöglichkeiten für städtische Projekte zur Verfügung:

- EFRE: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
- ESF: Europäischer Sozialfonds
- Aktionsprogramme

Die beiden Strukturfonds stellen die konkreteste und materiell bedeutsamste Ausprägung europäischer Regionalpolitik dar. Sie sind auf bestimmte Gebietskulissen zugeschnitten. Teil des EFRE sind die INTERREG-Projekte, die die Durchführung grenzübergreifender, transnationaler und interregionaler Kooperationen unterstützen.

Über Aktionsprogramme werden darüber hinaus Projekte und Maßnahmen in bestimmten Politikbereichen gefördert. Insgesamt gibt es ca. 200 Einzelprogramme, zu denen z.B. Horizont 2020 (Forschungsrahmenprogramm) zählt. Die Antragstellung erfolgt direkt bei der EU-Kommission oder den Exekutiv-Agenturen (tlw. Nationale Agenturen) der EU. Eine Antragstellung kann nur gemeinsam mit anderen europäischen Partnern erfolgen.

Auf der Basis der „Strategie Europa 2020“ und der Partnerschaftsvereinbarung zwischen der EU-Kommission und den Ländern, stellen die Nationen sogenannte Operationelle Programme (OP) auf. In Deutschland werden diese von den Bundesländern entwickelt. Die „Operationellen Programme NRW“ für den EFRE und ESF enthalten eigene, landesspezifische Ziele. Die Antragstellung für Projekte aus den Operationellen Programmen EFRE und ESF erfolgt nicht bei der EU-Kommission, sondern bei den zuständigen Landesministerien. Eine Antragstellung erfolgt für EFRE-Mittel beim Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen. ESF-Mittel für NRW können beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen beantragt werden. Für die Umsetzung des operativen Geschäfts ist in NRW die Bezirksregierung zuständig.

Die Förderempfehlung an die Europäische Kommission erfolgt durch die Landesregierung nach bestimmten Projektauswahlkriterien durch ein Gutachtergremium in Abstimmung mit den zuständigen Ministerien und ausgewählten Institutionen.

Für die Stadt Dortmund ist der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF) von großer Bedeutung. So wurde der Strukturwandel in den letzten 20 Jahren aktiv durch diese beiden Europäischen Strukturfonds unterstützt. Hinsichtlich der Einwerbung von Fördermitteln aus diesen Förderprogrammen, ist die Stadt Dortmund gut aufgestellt und hat ein Netzwerk zur Bezirksregierung Arnsberg und zu den zuständigen Landesministerien aufgebaut, über die die Förderanträge eingereicht werden.

Die Stadt Dortmund konnte sich im Wettbewerb um die besten Projekte in NRW in der letzten Förderperiode 2007 bis 2013 gut behaupten. So wurden im Zeitraum 2007-2013 in Dortmund für 185 Projekte mit einem Projektvolumen von ca. 173 Mio. € insgesamt knapp 118 Mio. € bewilligt, davon ca. 84 Mio. € EU-Mittel.

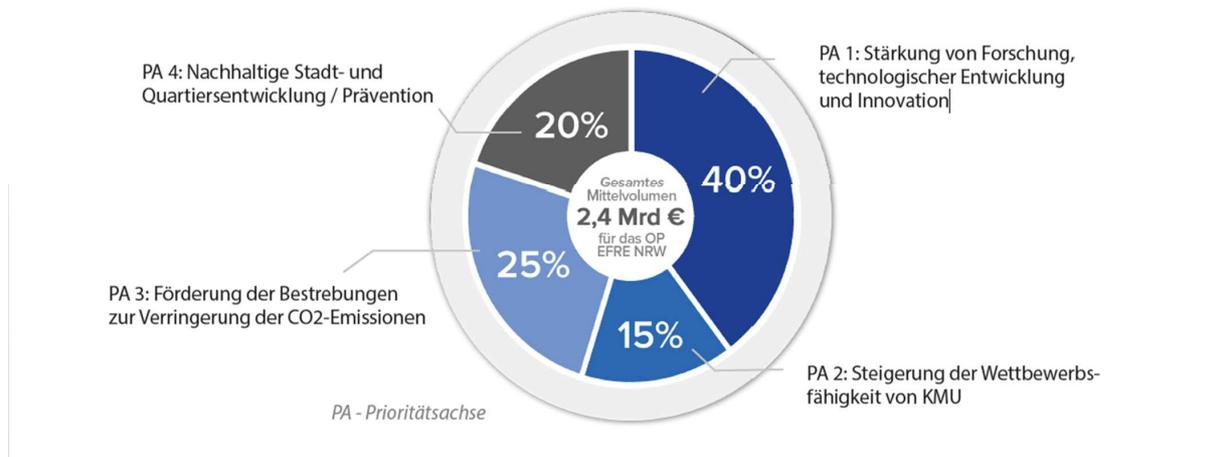
In der letzten ESF-Förderphase von 2007 bis 2013 hat die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet durch ihre Beratungsarbeit mit 33,7 Mio. € für die Stadt Dortmund und 71,8 Mio. € für die gesamte Region Westfälisches Ruhrgebiet ein erhebliches Landes-ESF-Mittelvolumen zur Förderung gebracht (Drucksache Nr. 13339-14). Damit konnten wichtige Impulse zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, der Berufsausbildung für Jugendliche, der Arbeitsmarktintegration von Zielgruppen sowie zur Förderung der Fachkräfteentwicklung eingesetzt werden.

2.1.1 Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung „Investition in Wachstum und Beschäftigung“ EFRE

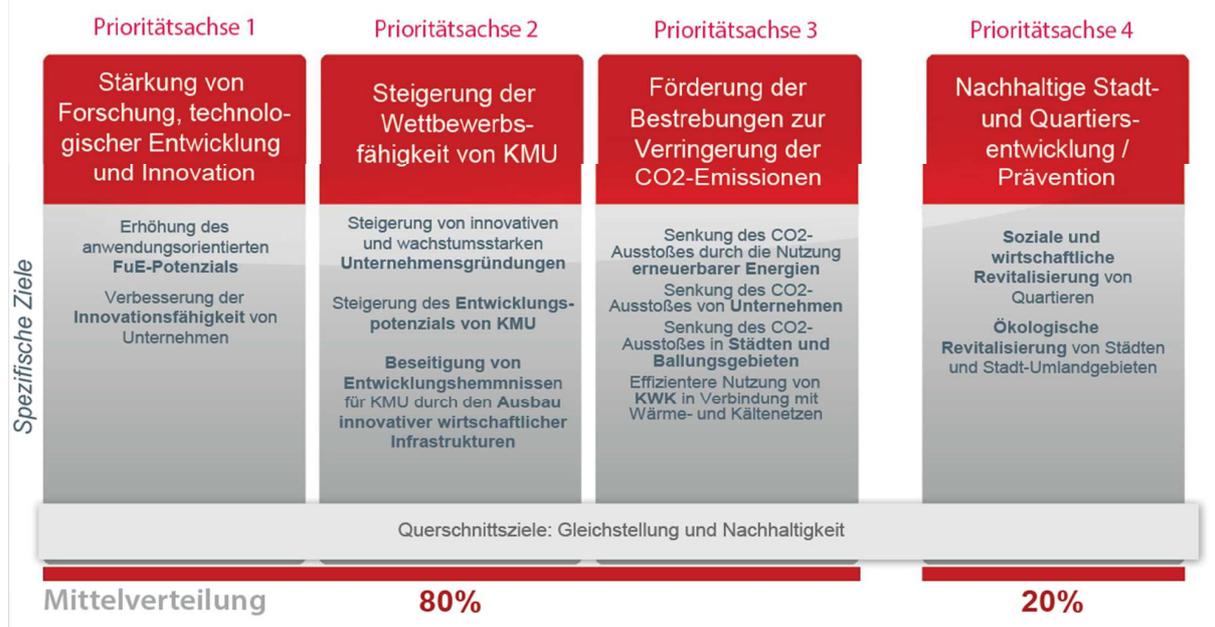
Im Operationellen Programm NRW 2014-2020 für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung „Investition in Wachstum und Beschäftigung“ (OP EFRE NRW) steht insgesamt ein Gesamtvolumen von 2,4 Mrd. €, davon 1,2 Mrd. € EU-Mittel zu Verfügung.

Mittelausstattung des NRW/EU Programm „Wachstum und Beschäftigung“

Gesamtvolumen von 2,4 Mrd. €, davon 1,2 Mrd. € EU-Mittel aus dem Programm „Wachstum und Beschäftigung“



Prioritätsachsen des NRW/EU Programm „Wachstum und Beschäftigung“ und dessen spezifische Ziele



Quelle: EFRE-Verwaltungsbehörde NRW

Die Projektauswahl erfolgt in der Regel durch Wettbewerbe und Projektaufrufe.

Die Leitmarkt-Wettbewerbe richten sich an Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und teilweise kulturelle Einrichtungen. In den Wettbewerbsaufrufen (Calls) werden die Auswahlkriterien konkretisiert und festgelegt.

Folgende Leitmarkt-Wettbewerbe sind bereits gestartet oder starten bis zum Sommer

- Medien & Kreativwirtschaft
- Energie- und Umweltwirtschaft
- Neue Werkstoffe
- Produktion
- Gesundheit
- Mobilität und Logistik
- Life Sciences
- Informations- und Kommunikationswirtschaft

Bei Projektaufrufen handelt es sich um Auswahlverfahren, bei denen Kommunen, Regionen sowie öffentliche Einrichtungen und Träger aufgerufen werden, sich mit Konzepten und daraus abgeleiteten Projektvorschlägen zu bewerben.

An den bisher gestarteten Projektaufrufen hat sich die Wirtschaftsförderung mit folgenden Projekten beteiligt:

Das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Westfälisches Ruhrgebiet ist Teil der Landesinitiative „Competentia NRW“. Getragen von der Stadt Dortmund und dem Kreis Unna bildet es eine Schnittstelle zu regionalen arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Akteuren im Westfälischen Ruhrgebiet. Die jetzige Förderung läuft noch bis Juni 2015. Eine Interessensbekundung für die neue Förderphase (3 Jahre) wurde eingereicht. Seitens des Landes wurde eine Förderempfehlung ausgesprochen und die Stadt Dortmund wurde aufgefordert einen Förderantrag zu stellen.

Regio.NRW Starke Regionen, starkes Land

Ziel des Projektaufrufs ist es, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Region zu stärken. Aufbauend auf dem Projekt InDie Region Ruhr bewirbt sich Dortmund mit dem Projekt „REGIONRUHR 4.0 Kompetenznetz Digitale Produktion“. Partner sind die Wirtschaftsförderungen Bochum, Ennepe-Ruhr-Kreis, Hagen und Herne sowie die Industrie- und Handelskammern zu Dortmund und Mittleres Ruhrgebiet und die Handwerkskammer Dortmund. Mit einer Bewilligung wird im Herbst gerechnet, die Laufzeit des Projektes beträgt drei Jahre.

2.1.2 Europäischer Sozialfonds ESF

In der Förderphase 2014-2020 stehen insgesamt 627 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds für die Arbeits- und Sozialpolitik in NRW bereit (Landes ESF).

Investitionsprioritäten sind:

- Dauerhafte Eingliederung von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt
- Anpassung der Arbeitskräfte und Unternehmen an den Wandel
- Aktive Eingliederung
- Förderung des Zugangs zum lebenslangen Lernen
- Verbesserung der Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Für Projekte, die zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung beitragen und die präventive Ansätze für benachteiligte Kinder und Jugendliche vorantreiben, sollen über 60 Prozent der ESF-Mittel zum Einsatz kommen.

Zur Umsetzung des ESF in NRW gibt es ein Netzwerk mit zentralen Anlaufstellen für Träger, Betriebe und weitere Interessierte. Zu diesem Netzwerk gehören auch die Regionalagenturen. Die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet mit den Städten Dortmund und Hamm sowie dem Kreis Unna bildet ein Scharnier zwischen dem Land und der Region. Sie erbringt für die Städte Dortmund und Hamm sowie für den Kreis Unna Leistungen zur Förderung des Arbeitsmarktes und der Beschäftigungsentwicklung. Sie leistet hierbei Beratungs-, Koordinierungs- und Organisationsaufgaben.

Rund 2,7 Mrd. Euro stehen im Rahmen des ESF-Bundesprogramms für die Förderperiode 2014-2020 zur Verfügung.

Folgende Dortmunder Projekte werden derzeit über den Bundes- und Landes-ESF gefördert.

- „Kein Kind zurücklassen“, Laufzeit März 2012 – September 2015
- „Kein Abschluss ohne Anschluss“, Laufzeit Januar 2012 – Dezember 2018
- „Jugend stärken im Quartier“, Laufzeit Januar 2015 – Dezember 2018
- „Stärkung der Teilhabe benachteiligter EU-Zuwanderer und –Zuwanderinnen am Arbeitsmarkt“, Laufzeit Januar 2014 – Dezember 2015
- „Stärkung des Trägernetzwerkes durch studentische Integrationshelfer/innen“, Laufzeit September 2014 – August 2018
- „Soziale Stadt Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“, ein neuer Antrag für BIWAQ III ist im März eingereicht worden, Laufzeit Juli 2015 – Juni 2018

Die VHS Dortmund hat ebenfalls mit der Finanzierung von ESF-(Landes- und Bundesprogrammen) teilweise in Kooperation mit Bildungseinrichtungen und Unternehmen Projekte durchgeführt, wie berufsbezogene Sprachförderung von Migranten und Migrantinnen, Förderung der lebens- und erwerbsbezogenen Weiterbildung, Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen im Bereich Diversity Management.

Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (EHAP)

Der EHAP verfolgt das Ziel der Strategie Europa 2020, die Zahl der von Armut bedrohten Menschen zu verringern und jegliche Form von Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen. Zielgruppe sind die am stärksten benachteiligten Personen. Für Deutschland steht ein Gesamtvolumen in Höhe von 92,8 Mio. € (2014-2020) zur Verfügung. Durch die Förderung sollen Zuwanderer aus anderen EU-Mitgliedsstaaten in prekären Lebensverhältnissen sowie deren Kinder, außerdem Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen unterstützt werden. Förderrichtlinien und Auswahlkriterien sollen im Mai 2015 veröffentlicht werden. Voraussetzung für eine Förderung ist die Zusammenarbeit in Kooperationsverbänden zwischen Kommunen und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege oder anderen gemeinnützigen Trägern sowie ein integriertes Konzept.

2.1.3 Projektaufruf EFRE und ESF

Starke Quartiere – starke Menschen

Dies ist ein gemeinsamer Aufruf der Programme des EFRE, ESF und ELER (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. Der Aufruf richtet sich an bestehende und neue städtische Problemgebiete. Die Kommunen müssen integrierte Handlungskonzepte (IHK) für Quartiere mit besonderen Problemlagen vorlegen, analog der bisherigen Vorgehensweise bei der Beantragung von Städtebauförderungsmitteln. Gefördert werden können Quartiere, die in den Stadterneuerungsprogrammen „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ gefördert wurden, werden oder gefördert werden sollen und anhand entsprechender Indikatoren als strukturell

benachteiligt beschrieben werden. Neben den städtebaulichen, ökologischen, sozialen, demografischen oder wirtschaftlichen Herausforderungen, sollen die IHK's mit einer Präventionsstrategie verbunden werden. Die Bewerbungen sind laufend möglich. Es erfolgt keine Förderung isolierter Einzelprojekte.

In Dortmund gibt es bereits mehrere Quartiere, die in den Stadterneuerungsprogrammen gefördert wurden oder noch gefördert werden. Es handelt sich hierbei um die abgeschlossenen Stadterneuerungsprogramme in Scharnhorst-Ost und Hörde-Clarenberg und die laufenden bzw. startenden Stadterneuerungsprogramme in der Nordstadt, im Unionviertel, im Hörder Zentrum sowie in Westerfilde, für die integrierte Entwicklungskonzepte vorliegen.

Im Programmaufruf „Starke Quartiere – starke Menschen“ sollten für Dortmund zukünftig die 13 Aktionsräume des Aktionsplans Soziale Stadt unter Berücksichtigung des Projektes „Nordwärts“ als Grundlage zur Verknüpfung einzelner Ansätze dienen.

2.1.4 Europäische Aktionsprogramme

Mit den Aktionsprogrammen sollen Projekte unterstützt werden, die den politischen Zielen der EU entsprechen, beispielsweise in den Bereichen Kultur, Bildung oder ein Europa für Bürgerinnen und Bürger. Anträge werden in der Regel in Brüssel eingereicht und stehen untereinander in einem europaweiten Wettbewerb. Für die Projekte sind meistens transnationale Partnerschaften erforderlich, denn es soll damit das Denken und Handeln über nationale Grenzen hinweg, der Erfahrungsaustausch und das Lernen voneinander gefördert werden.

Von den Aktionsprogrammen sind insbesondere Horizont 2020, ERASMUS+, Kreatives Europa und Europa für Bürgerinnen und Bürger für die Stadt Dortmund von Bedeutung.

2.1.4.1 Horizont 2020

Horizont 2020 ist das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (früher 7. Forschungsrahmenprogramm) mit knapp 80 Mrd. Euro für die Jahre 2014 -2020 und beinhaltet die drei Säulen Wissenschaftsexzellenz, führende Rolle der Industrie sowie gesellschaftliche Herausforderung. Antragsteller sind in der Regel die Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammen mit Unternehmen. Die Hochschulen – wie die Technische Universität Dortmund und die Fachhochschule Dortmund – und zahlreiche wissenschaftliche Einrichtungen sowie Unternehmen beteiligen sich mit Forschungsanträgen an Horizont 2020. Durch die Wachstumsinitiative der Wirtschaftsförderung mit ihren Wissenskernen, dem Masterplan Energiewende und dem Masterplan Wissenschaft ist eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt Dortmund gewährleistet.

Die Stadt Dortmund wird sich mit der TU Dortmund (L.E.D Leitstelle Energiewende Dortmund), der Fachhochschule Dortmund und dem Fraunhofer Institut für Logistik und Materialforschung (IML) sowie weiteren lokalen und regionalen Akteuren am Projektauftrag „Smart Cities and Communities“ (intelligent vernetzte Städte und Regionen) mit dem Antrag: „Smart City Dortmund“ (Drucksache Nr. 13684-14) beteiligen. Am 24. März fand in Dortmund die Partnerkonferenz mit den am Projekt beteiligten Partnerstädten (Amiens, Lodge, Karlskrona, Kozani, Danzig) statt. Die Einreichung des Antrages erfolgt in 2016.

Das Institut für Feuerwehr- und Rettungstechnologie (IFR) hat mit Partnern von Hochschulen und Unternehmen im 7. Forschungsrahmenprogramm die Projekte Smart@Fire, EmerGent und TRADR durchgeführt. Im Programm Horizont 2020 wird sich das IFR mit dem Projekt SmokeBot, das den Bodenrobotereinsatz zur Lagererkundung bei erschwerten Sichtbedingungen ermöglicht, beteiligen.

2.1.4.2 Kreatives Europa

Das Rahmenprogramm Kreatives Europa vereint die Teilprogramme Kultur und Media mit einem Gesamtbudget von 1,46 Mrd. Euro (2014-2020). Der Kernbereich des Programms zielt auf europäische Kooperationsprojekte, bei denen kulturelle Organisationen und Institutionen aus mindestens drei teilnehmenden Ländern über einen längeren Zeitraum zusammenarbeiten.

Gemeinsam mit anderen Städten, die im EUROCITIES-Kulturforum vertreten sind, haben die Kulturbetriebe zwei Projekte eingereicht:

- „smART places“ ist ein europäisches Audience-Development-Projekt zur Publikumsentwicklung mithilfe digitaler Instrumente und Programme. Hier haben die Kulturbetriebe (Dortmunder U) die Federführung für alle elf beteiligten Städte übernommen.
- „Gailing works in art in public spaces“ ist ein Projekt zur Kunst im öffentlichen Raum, an dem sich die Dortmunder Museen beteiligen.

Aufgrund der positiven Bewertung durch die Europäische Kommission werden beide Projekte überarbeitet und im Oktober 2015 erneut eingereicht.

2.1.4.3 ERASMUS+

In Erasmus+ werden die bisherigen EU-Programme für lebenslanges Lernen, Jugend und Sport sowie die europäischen Kooperationsprogramme im Hochschulbereich zusammengefasst. Schwerpunkte sind die Mobilität von Einzelpersonen (Studierende, Berufsschüler, Auszubildende, junge Menschen im Jugendaustausch, Freiwilligentätigkeit), Mobilität von Personal im Jugendbereich, Partnerschaften von Organisationen und Einrichtungen, Maßnahmen von politischen Dialogen auf europäischer Ebene. Es steht ein Gesamtbudget von 14,8 Mrd. Euro für die Förderperiode 2014-2020 zur Verfügung.

Neben Programmen der Hochschulbildung (Erasmus) sind das die Schulbildung (Comenius), berufliche Aus- und Weiterbildung (Leonardo da Vinci) sowie Erwachsenenbildung (Grundtvig). Antragsteller sind Einzelpersonen, Hochschulen, Berufsschulen, Unternehmen, Bildungsträger, Kammern, Volkshochschulen, Vereine. Partner müssen mindestens zwei Einrichtungen aus zwei Ländern sein. Die Antragstellung und Beratung erfolgt über die Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA BIBB).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Dortmund können über dieses Programm mindestens 2 Wochen (höchstens 12 Monate) und städtisches Ausbildungspersonal oder Berufsschullehrerinnen und -lehrern mindestens 2 Tage (maximal 2 Monate) einen Lernaufenthalt in allen Ländern der EU absolvieren. Die Aufenthalte und Reisekosten werden pauschal von der EU bezuschusst.

Diese Regelung gilt grundsätzlich auch für Anwärter/innen des mittleren und gehobenen Dienstes sowie Auszubildende im Beschäftigungsverhältnis. Die Entscheidung obliegt einer Einzelfallprüfung durch die Ausbildungsabteilung des Personal- und Organisationsamtes, um sicherzustellen, dass die besonderen Erfordernisse von Berufsausbildung oder Fachhochschulstudium Berücksichtigung finden.

Erasmus+ Jugend in Aktion richtet sich an den außerschulischen Bereich. Es bietet Fördermöglichkeiten in den Bereichen Jugendbegegnungen, Europäischer Freiwilligendienst, Mobilitätsmaßnahmen für Fachkräfte der Jugendarbeit, Strategische Partnerschaften, Transnationale Jugendinitiativen sowie für die im Rahmen des strukturierten Dialogs stattfindenden Begegnungen junger Menschen mit Verantwortlichen für Jugendpolitik. Erasmus+ Jugend in Aktion ist somit der Programmteil für alle jungen Menschen im Bereich der nicht formalen und informellen Bildung und eröffnet neue Perspektiven für die Gestaltung von Mobilität sowie europäischer bzw. internationaler Bildungszusammenarbeit.

Partner müssen mindestens drei Einrichtungen aus drei Ländern sein. Die Antragstellung und Beratung erfolgt über die Nationale Agentur Erasmus+ Jugend in Aktion. Die Auslandsgesellschaft NRW ist Entsende- und Aufnahmeorganisation für den Europäischen Freiwilligendienst.

Im Programm ERASMUS+ hat die Stadt Dortmund (Jugendamt) Interesse bekundet, sich an dem Projekt Suchtprävention von Jugendlichen mit den Ländern Türkei, Italien, Spanien, Polen und Belgien zu beteiligen.

2.1.4.4 Europa für Bürgerinnen und Bürger (EfBB)

Ziel des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« 2014-2020 ist es, den Bürgerinnen und Bürgern die Europäische Union näherzubringen. Gefördert werden Kommunen, Organisationen und Einrichtungen und ihre Projekte, Studien, Veranstaltungen, die zu folgenden Zielen beitragen:

- den Bürgerinnen und Bürgern ein Verständnis von der Europäischen Union, ihrer Geschichte und ihrer Vielfalt vermitteln;
- die Unionsbürgerschaft fördern und die Bedingungen für die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger auf EU-Ebene verbessern.

Schwerpunkte sind:

- Europäisches Geschichtsbewusstsein
- Demokratisches Engagement und Partizipation (Bürgerbegegnungen, Vernetzung von Partnerstädten, Projekte der Zivilgesellschaft, Strukturförderung).

In der Regel sind vier Partner aus unterschiedlichen Ländern erforderlich und es müssen vier Veranstaltungen durchgeführt werden.

Weitere EU-Projekte:

In dem Projekt „Jede Kommune zählt – sozial gerechter Einkauf- jetzt!“ führen die Kommunen Dortmund, Wels (Österreich) und Trebic (Tschechien) gemeinsam mit den Nichtregierungsorganisationen Christliche Initiative Romero (CIR), Südwind und NaZemi aus den jeweiligen Ländern Pilotprojekte der öko-sozialen öffentlichen Beschaffung durch und entwickeln diese weiter. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren (2013-2016) und läuft über EuropeAid.

2.2 Städtepartnerschaften

Dortmund unterhält insgesamt neun Städtepartnerschaften (Amiens/ Frankreich, Leeds/ Großbritannien, Rostow am Don/ Russland, Buffalo/ USA, Netanya/ Israel, Novi Sad/ Serbien, Xi'an/ China, Zwickau und seit dem vergangenen Jahr mit der türkischen Stadt Trabzon). Mit diesen Partnerschaften hat die Stadt Dortmund internationale Entwicklungen aktiv mitgestaltet.

Die städtepartnerschaftliche Arbeit der Stadt Dortmund wird durch den Bereich Repräsentation/ Städtepartnerschaften im Amt des Oberbürgermeisters koordiniert.

Die organisatorischen sowie konzeptionellen Aufgaben haben folgende Schwerpunkte:

- Fachliche, organisatorische und informatorische Unterstützung der Städtepartnerschaftsakteure
- Finanzielle Förderung von Austauschmaßnahmen, vorrangig für den SchülerInnen/ Jugend- und Sportaustausch
- Konzeption, Organisation und Begleitung von offiziellen Besuchen in den Partnerstädten und in Dortmund.

Die Städtepartnerschaftsidee wird von vielen Einzelpersonen, Schulen, Vereinen, Verbänden und weiteren Institutionen getragen. Durch zahlreiche Besuche in Dortmunds Partnerstädten und die Aufnahme sowie Betreuung von Gästen in Dortmund wird der Partnerschaftsgedanke unterstützt und aktiv begleitet.

Die Städtepartnerschaft mit der israelischen Stadt Netanya wird durch einen Förderverein begleitet. Der Verein unterstützt insbesondere die Schüleraustauschprogramme in die Dortmunder Partnerstadt.

Neben Jugendaustauschen und kulturellen Aktivitäten ist der Sport eine wichtige Verbindung der Partnerstädte untereinander. Austausche werden von den Sportvereinen in Abstimmung mit dem Stadtsporthund organisiert und von der Stadt organisatorisch und finanziell gefördert.

Eine organisatorische und finanzielle Unterstützung erfolgt auch für die in Dortmund existierenden Schulpartnerschaften. Dortmunder Schulen haben in jeder Partnerstadt, außer in den Städten Rostow am Don und Novi Sad, Partnerschaften (insgesamt 15).

Mit Blick auf das Jahr 2014 und 2015 sind folgende Delegationen und Veranstaltungen besonders hervorzuheben. Im Herbst 2014 hat die Stadt mit der Geschäftsstelle NRW/Israel in der Auslandsgesellschaft und mit dem DGB NRW eine Fachtagung für Multiplikatoren der freien Jugendarbeit zum Thema „Erinnern und Gedenken – Demokratische Handlungsoptionen in der Migrationsgesellschaft“ mit ca. 120 Schülerinnen und Schülern im Rathaus durchgeführt.

Im Mai 2014 wurde das 25 jährige Bestehen der Städtepartnerschaft mit Zwickau gefeiert und von den Oberbürgermeistern beider Städte eine Zusatzvereinbarung zum Partnerschaftsvertrag unterzeichnet, in der weitere gemeinsame Projekte benannt werden.

Nachdem der Partnerschaftsvertrag mit der Stadt Trabzon im Juni 2014 in Dortmund von den Oberbürgermeistern beider Städte unterzeichnet wurde, fand Ende März 2015 eine offizielle Delegationsreise unter Leitung des Oberbürgermeisters mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Sport und Verwaltung nach Trabzon statt. Verschiedene Themen der Zusammenarbeit in den Gebieten Sport, Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft wurden erörtert. So wird der Dekan der theologischen Fakultät Trabzon an einem Kongress der TU Dortmund teilnehmen. Eine Begegnung der beiden Fußballjugendmannschaften ist geplant. Für Dortmunder Unternehmen ist Trabzon das Tor zu asiatischen Märkten. Im Gespräch ist die Durchführung einer Messe aus dem Raum Trabzon in den Dortmunder Westfalenhallen.

Bei dem offiziellen Besuch des Oberbürgermeisters in der Partnerstadt Rostow am Don Ende März 2015 waren neben der Fußballweltmeisterschaft 2018 in Russland, Wirtschaftskontakte, Tourismus sowie Jugend- und Studentenaustausch wichtige Themen. Hervor zu heben ist der dauerhafte Kulturaustausch mit Rostow am Don, der bereits seit 1998 zwischen der Musikschule / Glen-Buschmann-Jazzakademie in Dortmund und Rostow besteht und aus der das East-West-European-Jazz-Orchester hervorgegangen ist.

Im März 2015 nahmen bei den Internationalen Städtewettkämpfen im Rahmen der Leichtathletiktage Jugendliche aus der Partnerstadt Novi Sad in Dortmund teil.

Vom 6. - 13. Mai 2015 haben in Dortmund „Internationale Demokratietage“ stattgefunden, an denen 59 Jugendliche aus allen Dortmunder Partnerstädten teilgenommen haben. Die Stadt Dortmund, der Jugendring Dortmund und die Dortmunder Stiftung für Jugend und Demokratie haben die Jugendlichen aus Anlass des 70. Jahrestages des Kriegsendes und der Befreiung vom Terror des Nationalsozialismus eingeladen, um sich mit Dortmunder Jugendlichen auszutauschen und gemeinsam ein Zeichen für Frieden und Völkerverständigung zu setzen.

2.3 Europa den Bürgerinnen und Bürgern verständlicher machen

In Dortmund hat sich die langjährige aktive Netzwerkarbeit mit den Europa-Akteuren vor Ort bewährt. Unter dem Motto "Europa ein zu Hause geben" wurde zur Förderung des europäischen Gedankens in 2012 das Europazentrum NRW (EZNRW) gegründet. Hier kooperieren die Stadt, die beiden Auslandsgesellschaften Deutschland (AgD) und NRW (AgNRW), das Europe Direct Informationszentrum Dortmund, der Landesverband der Europa Union und die Geschäftsstelle des Landes NRW für den Austausch junger Menschen mit Israel. Die Aufnahme- und Entsendeplattform des Europäischen Freiwilligendienstes (EFD) ist ebenfalls im Europazentrum NRW angesiedelt. Seit 2014 ist das Europa Zentrum NRW auch Partner von Eurodesk und informiert junge Menschen über die Möglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes. Diese Bündelung von Europakompetenzen am Standort der Auslandsgesellschaft ist einzigartig in NRW, erzeugt Synergieeffekte und ist für Bürgerinnen und Bürger die erste Anlaufstelle zum Thema Europa. Weitere Akteure im Netzwerk sind u.a. die Kammern, Hochschulen, der Jugendring sowie das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk (IBB).

Im "Bürgerforum Europa" werden Vorträge und Diskussionen zu aktuellen europäischen Themen mit unterschiedlichen Kooperationspartnern durchgeführt. Seit 2012 findet jedes Jahr im Rahmen der Dortmunder Hochschultage die gemeinsame Veranstaltung „Nach der Schule ins Ausland“ statt. Hier werden Schülerinnen und Schüler über europäische und internationale Auslandsaufenthalte informiert und die entsprechenden Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes werden dargestellt.

An der Konferenz „Kommunale Erwartungen an Europa“ im Frühjahr 2014 haben 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz NRW die Schwerpunkte Kohäsionspolitik, europäische Integration und europäische Projekte vor Ort mit Vertretern des Landes, aus Verwaltungen, Vereinen, Verbänden und Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Zum Gelingen der Konferenz haben maßgeblich die Partner des Europazentrums NRW sowie Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Verbänden, Organisationen und aus der Zivilgesellschaft beigetragen.

Die Preisverleihung der Landesregierung zum Europäischen Schulwettbewerb wird von der Europa Union NRW durchgeführt und findet seit 2013 für den Regierungsbezirk Arnsberg jedes Jahr im Dortmunder Rathaus (21.05.2015) statt.

2.4 Kulturelle Zusammenarbeit

Europa ist nicht nur ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Projekt, sondern auch eine kulturelle Herausforderung. Die Kultur- und Bildungseinrichtungen in den Kulturbetrieben Dortmund haben sich in den vergangenen Jahren verstärkt an europäischen Themenstellungen orientiert: durch Veranstaltungen, Beteiligung an Programmen und Maßnahmen sowie durch die Mitwirkung und eigene Beiträge in Netzwerken und Verbänden. Dieses Engagement hat in den Kultur- und Bildungsangeboten für die Dortmunder Bürgerinnen und Bürger einen positiven Niederschlag gefunden.

Das Kulturbüro arbeitet mit seinen Partnern in zahlreichen kulturellen Veranstaltungen und Kooperation auf europäischer Ebene zusammen. Hierzu zählen Veranstaltungen und Festivals wie

- LesArt (Literaturfestival)
- Chamisso Tage an der Ruhr (Autorenlesungen, Einwanderer in die deutsche Sprache in 3 Ruhr-Städten),
- Internationale Jazztage
- Internationales FrauenFilmfestival Dortmund I Köln (IFFF)

- Micro!- Festival mit Weltmusik & Straßentheater
- Djelem, Djelem (Kultur der Roma).

Darüber hinaus fördert das Kulturbüro künstlerische Einzelprojekte oder Austausch-Vorhaben der Dortmunder Künstlerschaft als auch die freien Dortmunder Kulturzentren, die europäische Kooperationen eingehen.

Mit über 300 Veranstaltungen jährlich, ist der Jazzclub domicil Kooperationspartner für eine Vielzahl von Kulturschaffenden und Veranstaltern. Hier gehört Europa zum Tagesgeschäft. Auch im Künstlerhaus Dortmund ist durch regelmäßige Ausstellungen und "artist-in residence-Aufenthalte" der europäische Austausch ein wichtiger Bestandteil des Jahresprogramms. Die Theatermacher des artszenico e.V. sind an vielen Koproduktionen im In- und Ausland beteiligt, bringen diese nach Dortmund und sind internationale Botschafter der Dortmunder Kulturszene. Ihre Projekte wurden bereits mehrfach mit EU-Mitteln gefördert.

Das East-West-European-Jazz-Orchester wurde für die Projektreihe TWINS im Rahmen der Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010 mit den Dortmunder Partnerstädten Rostow am Don und Novi Sad gegründet. In den vergangenen Jahren hat sich das Netzwerk erweitert nach Wolgograd, Prag, Karlovy Vary, Pilsen, Groningen, Dresden, Goslar.

KLANGVOKAL bietet seit sieben Jahren einen Monat lang Konzerte mit Oper-, Welt-, Chor- und Popmusik. Das Festivalprogramm 2015 präsentiert unter dem Thema „Zwischen den Welten“ internationale Topkünstler aus 20 Ländern, die für einen Dialog zwischen den Kulturen sorgen und vom 29. Mai bis 28. Juni 2015 bei 22 Konzerten in neun Spielstätten musikalische Highlights aus dem 5. Jahrhundert bis in unsere Zeit präsentieren.

Die UZWEI_Kulturelle Bildung ist Teil eines europäischen Netzwerks von Praktikern und Einrichtungen der Kulturellen Bildung. Mit "ICEnet", dem International Cultural Education Network, bringt es die Arbeit der UZWEI ins europäische Netzwerk und europäische Partner nach Dortmund.

Die künstlerische Arbeit und die Kooperationsstrukturen des Hardware MedienKunstVerein HMKV beziehen sich vorwiegend auf internationale Kontakte, wie zu Museen, Arbeitsbeziehungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen und Hochschulen, zu international agierenden Kulturzentren, zu Kunstschaffenden und Kuratoren/innen sowie zu Einrichtungen wie dem Goethe-Institut.

Das Museum für Kunst und Kulturgeschichte ist Kooperationspartner des „Euro Vision Laboratory“, einer Ausstellungsreihe im Rahmen des von der Europäischen Union geförderten Projektes „EuroVision – Museums Exhibiting Europe (EMEE)“.

In der Sammlung Museum Ostwall befinden sich bedeutende Werke der Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts, die intensiv am internationalen Leihverkehr teilnehmen. Weiterhin ist das Museum immer wieder Kooperationspartner für Ausstellungen in ganz Europa.

Die Musikschule beteiligt sich seit Jahren am "Internationalen Musikschulseminar", das als zukunftsorientiertes Austauschtreffen jährlich mit Musikschulleitungen aus Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und dem Saarland und NRW stattfindet

Die Kulturagenda der Europäischen Union benennt die Schwerpunkte, die für die zukünftige Entwicklung der europäischen Kulturpolitik relevant sind:

- die Kultur- und Kreativwirtschaft mit ihren digitalen Dimensionen,
- den interkulturellen Austausch in Europa und
- den internationalen Kulturaustausch.

Diese Schwerpunkte korrespondieren mit den Zukunftsaufgaben, denen sich auch die Dortmunder Kultur- und Bildungseinrichtungen in den kommenden Jahren stellen werden. Neben

der Umsetzung dieser Schwerpunkte in der praktischen Kultur- und Bildungsarbeit ist die verstärkte Inanspruchnahme der europäischen Förderprogramme und die Kooperation mit Kultur- und Bildungseinrichtungen in anderen europäischen Ländern bei gemeinsamen Projekten ein übergreifendes Ziel.

2.5 Zuwanderung aus Südosteuropa

Die Teilhabe der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Südosteuropa in der Stadtgesellschaft stellt in Anbetracht der gegebenen Rahmenbedingungen nach wie vor eine große Herausforderung dar.

Für die Dortmunder Gesamtstrategie EU-Armutswanderung ist es gelungen, alle Akteure und Aktivitäten zu erfassen und an den Entwicklungen aktiv zu beteiligen. In einem ersten Schritt wurde auf die mit dem „Dortmunder Netzwerk EU-Armutswanderung“ entwickelten Strukturen zurück gegriffen, in dem seit 2011 und mit jeweiligem thematischen Fokus Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlichster Akteure aus Verbandsszene (Wohlfahrtsverbände, Organisationen, Vereine) und Verwaltung (Stadt, Polizei, Kammern, Staatsanwaltschaft, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kliniken u.a.) gemeinsam an der Neu- und Fortentwicklung nachhaltiger Lösungsstrategien arbeiten (Drucksache-Nr. 00529-15).

Am Ende des Jahres 2014 zeichnete sich insbesondere zweierlei ab:

- die mancherorts erwartete „Zuwanderungswelle“ blieb aus, die Zuwachsraten sind im Vergleich zum Vorjahr moderat gestiegen.
- Die Neubürgerinnen und -bürger werden erreicht, der Kontakt zu ihnen wird gehalten und sie kommen in den aufgebauten Angeboten an, engagieren sich und wollen überwiegend ein aus Erwerbsarbeit eigenfinanziertes Leben aufbauen und sich in die Stadtgesellschaft einbringen.
- Zentrale Herausforderungen bleiben die Zugänge zur medizinischen Versorgung und zum Arbeitsmarkt.

Aufgabe dieses Jahres wird es sein, alle örtlich vorhandenen Ansätze strukturiert in der Systematik lebensbiografischer Phasen zu erfassen und sie mit den identifizierten Problemlagen abzugleichen, damit auf diesem Wege eine wesentliche Basis für die angestrebten Optimierungen im Gesamtangebot geschaffen werden kann.

2.6 Kommunale Daseinsvorsorge

Fragen der Daseinsvorsorge wie öffentlicher Nahverkehr, Energieversorgung oder soziale Dienstleistungen u. a. sind zunehmend Gegenstand europarechtlicher Regelungen. Das Recht der kommunalen Selbstverwaltung steht hier oftmals im Widerspruch zu europäischer Wettbewerbspolitik. Dies wurde z.B. im Zusammenhang mit der Regelung zur Bewirtschaftung von Wasserressourcen im Rahmen eines Konzessionsrichtlinienentwurfs der Europäischen Kommission deutlich. Aufgrund massiven Protests wurde die geplante Regelung fallengelassen. Nicht immer sind europäische Rechtsetzungsvorhaben so im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung, obwohl sie die kommunale Daseinsvorsorge im Kern betreffen. Eine rechtzeitige Einflussnahme auf europäische Rechtsetzung ist daher geboten. Die Geltendmachung Dortmunder Interessen im europarechtlichen Kontext erfolgt über den Städtetag bzw. den Rat der Gemeinden und Regionen Europas und Eurocities.

Das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership = Transatlantisches Freihandelsabkommen zwischen EU und USA) soll nach derzeitigem Stand nicht zu einer Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung, Wasserversorgung, Gesundheitswesen und Sozialfürsorge führen. Die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit von Kommunen soll nach Aussagen von EU-Handelskommissarin

Malmström durch das Abkommen nicht beeinträchtigt werden. Weiterhin soll es möglich bleiben, einzelne Bereiche der Daseinsvorsorge auch wieder zu rekommunalisieren.

Die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hatten bereits im Oktober 2014 ihre gemeinsamen Forderungen zu TTIP vorgelegt und u.a. gefordert, dass die kommunale Daseinsvorsorge, insbesondere die bislang nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasser- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und Öffentlicher Personennahverkehr, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich von den aktuellen Verhandlungen ausgenommen werden.

3 Mitgliedschaften und Aktivitäten der Stadt in Europäischen Netzwerken

3.1 EUROCITIES

Die Stadt Dortmund ist seit 1996 Mitglied im Netzwerk europäischer Großstädte EUROCI-TIES. EUROCITIES gehören ca. 130 Großstädte (>250.000 Einwohner) in ganz Europa an, die eine Gesamtbevölkerung von über 100 Millionen Einwohnern in der Europäischen Union repräsentieren. Damit ist EUROCITIES eine der wichtigsten Interessenvertretungen auf europäischer Ebene und verfügt über ausgezeichnete Kontakte zu europäischen Institutionen und zur europäischen Kommission. Die fachliche Arbeit vollzieht sich in mehreren Foren und Arbeitsgruppen, die nahezu die gesamte Bandbreite städtischer Themen auf europäischer Ebene abdecken. Die Arbeitsgruppen haben im Wesentlichen drei Aufgaben: Erfahrungsaustausch, Entwicklung von gemeinsamen Positionspapieren und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen bzw. Aktivitäten. So sind z. B. in den vergangenen Jahren in der Arbeitsgruppe ‚Jugend und Kultur‘ mehrere Austauschprogramme und Festivals auf europäischer Ebene entwickelt worden, an denen Dortmunder Kultureinrichtungen und Jugendliche mit eigenen kulturellen Beiträgen teilgenommen haben.

Da EUROCITIES eine von der Europäischen Kommission anerkannte Organisation im Rahmen von Anhörungs- und Mitwirkungsverfahren bei europäischen Vorhaben ist, besteht eine wesentliche Aufgabe der Mitarbeit der Städte darin, zu diesen europäischen Maßnahmen Stellungnahmen zu erarbeiten. Da es sich hierbei um einen Konsens europäischer Großstädte handelt, haben diese Stellungnahmen großes Gewicht.

Die Stadt Dortmund arbeitet aktiv im Kulturforum (Arbeitsgruppen: Kreativwirtschaft, Jugend und Kultur, Mobilität von Künstlern) mit. Hier hat Dortmund bei der Weiterentwicklung der europäischen Kulturförderprogramme, den Konzeptionen zur „Kulturhauptstadt Europa“, zur europäischen Kulturagenda und zur Zwischenbilanz der „Europa 2020“-Strategie mitgearbeitet. Der Geschäftsführer der Kulturbetriebe Dortmund war von 2011 bis 2013 stellvertretender Vorsitzender des Kulturforums.

Darüber hinaus ist die Stadt im Arbeitskreis Daseinsvorsorge („Public Services“) vertreten und kann auch auf diesem Wege im Konsens mit anderen europäischen Städten Stellungnahmen bereits im Entstehungsprozess europarechtlicher Normen einbringen. Diese werden je nach Thematik über Eurocities ziel- und zweckgerichtet an die EU-Kommission bzw. die Generaldirektionen, Europaabgeordnete, Ausschüsse oder die parlamentarischen Inter-groups geleitet. Die Arbeitsgruppe hat in der Vergangenheit auch gegenüber europapolitischen Gremien über die kommunale Aufgabenerfüllung berichtet und für die Qualität der Leistungserbringung geworben. So wurde bereits anhand von konkreten Beispielen dargestellt, welche bedeutende Rolle Städte (z.B. auch Dortmund) bei der Aufgabenerfüllung im Bereich der Daseinsvorsorge für ein soziales und innovatives Europa spielen.

Eine aktive Mitarbeit erfolgte bis 2014 im Arbeitskreis Kohäsionspolitik. Dadurch hatte die Kommune wesentlichen Einfluss und Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der Erstellung der

neuen EU-Förderprogramme. Die Berücksichtigung der städtischen Dimension im Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) ist auf die aktive Mitarbeit in der EUROCI-TIES-Arbeitsgruppe Kohäsionspolitik zurückzuführen

Gleichzeitig ist EUROCI-TIES eine Plattform, wenn es um die Suche nach kommunalen Partnern für europäische Projekte geht, die von der EU-Kommission gefördert werden sollen.

Neben der Mitarbeit in Arbeitsgruppen vertritt der Oberbürgermeister die Stadt Dortmund im Städtenetzwerk EUROCI-TIES. Jedes Jahr im Herbst findet die Jahreskonferenz und Mitgliederversammlung von EUROCI-TIES statt. In der Konferenz 2014 in München „Energieintelligente Städte“ hat der Dortmunder Oberbürgermeister an der Podiumsdiskussion teilgenommen. Die Stadt hat ihr geplantes EU-Projekt „Smart City Dortmund“ vorgestellt und konnte in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern europäischer Kommunen und Unternehmen weitere Projektpartner gewinnen.

Bereits zweimal hat die Stadt Dortmund mit der MST.Factory (2006) und mit dem Konsultationskreis Energieeffizienz und Klimaschutz (2009) den EUROCI-TIES Award gewonnen und war mit dem Standort PHOENIX (2011) und mit dem Masterplan Energiewende (2014) für den Award nominiert. Dadurch positioniert sich Dortmund im europaweiten Wettbewerb.

3.2 Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)/ Council of European Municipalities and Regions (CEMR)

Im RGRE sind Gebietskörperschaften vertreten, die aktiv kommunal relevante Themenstellungen der Europapolitik bearbeiten, z.B. europarechtliche und –politische Entwicklungen, Förderprogramme etc. Der RGRE informiert frühzeitig und regelmäßig über aktuelle europäische Entwicklungen, bereitet Stellungnahmen vor und unterstützt den Erfahrungsaustausch der Kommunen bezüglich der Europaarbeit. Zweimal jährlich findet ein Erfahrungsaustausch der Europa- und Förderreferenten des RGRE statt.

Die Stadt Dortmund ist langjähriges Mitglied im RGRE. Seit 2010 ist die Stadt über den Deutschen Städtetag im RGRE vertreten. Der Deutsche Städtetag hat sieben Sitze im Hauptausschuss und drei Sitze im Präsidium des RGRE. Die Mitglieder des Hauptausschuss und des Präsidiums werden in der Delegiertenversammlung des RGRE gewählt.

Die Deutsche Sektion des RGRE ist im europäischen Dachverband Council of European Municipalities and Regions (CEMR) vertreten und vertritt auf diesem Weg kommunale Interessen bei den europäischen Institutionen.

3.3 Deutsch-Österreichisches URBAN-Netzwerk

Die Stadt Dortmund ist Mitglied im deutsch-österreichischen URBAN-Netzwerk. In dem Netzwerk schließen sich deutsche und österreichische Städte sowie der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. zusammen, die städtische Gebiete durch integrierte Konzepte und unter Beteiligung lokaler Akteure revitalisieren wollen. Das Netzwerk verfolgt das Ziel, die ihm angehörenden Städte bei der Umsetzung ihrer Konzepte zu unterstützen sowie einen Erfahrungsaustausch zu organisieren. Der Erfahrungsaustausch findet dreimal jährlich statt. Im September 2013 fand der 2-tägige Austausch in Dortmund statt.

3.4 Klimabündnis

Dortmund ist Mitglied im Klima-Bündnis und hat sich zu einer kontinuierlichen Verminderung der Treibhausgasemissionen verpflichtet. Ziel ist, den CO₂-Ausstoß alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Dabei soll der wichtige Meilenstein einer Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen (Basisjahr 1990) bis spätestens 2030 erreicht werden. Langfristig streben die Klima-Bündnis-Städte und Gemeinden eine Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen auf ein nachhaltiges Niveau von 2,5 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Einwohner und Jahr durch Energiesparen, Energieeffizienz und durch die Nutzung erneuerbarer Energien an. Dieses Ziel erfordert das Zusammenwirken aller Entscheidungsebenen (EU, Nationalstaat, Bundesländer, Gemeinde). Es erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung. Das Bündnis bietet außerdem die Möglichkeit der Einflussnahme auf die europäische Politik.

3.5 Konvent der Bürgermeister (Covenant of Mayors)

Der Konvent der Bürgermeister ist eine Initiative der Europäischen Kommission, in der sich die Mitglieder verpflichten, bei der Reduzierung ihrer CO₂-Emission über die Ziele der EU hinaus zu gehen. Mit der Unterzeichnung verpflichten sich die Kommunen die lokalen CO₂-Emissionen durch Maßnahmen der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien um mehr als 20% zu senken. Der nationale und internationale Austausch zeigt, dass Dortmund mit seinen Aktivitäten weit voraus ist.

3.6 Regionale Netzwerke auf Landesebene

Zwischen den Europabeauftragten in NRW besteht ein sich gegenseitig unterstützendes Netzwerk. Das Ministerium für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW führt regelmäßig den Europa-Dialog mit den Europabeauftragten der Kommunen, Gemeinden und Kreise durch, in dem über aktuelle europäische Themen informiert wird. Dabei findet ein fachlicher Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Ministerien statt, insbesondere zur neuen Förderperiode. Im Regionalverband Ruhr (RVR) erfolgt ebenfalls ein regelmäßiger Austausch mit den Europabeauftragten zu aktuellen europäischen Themen und zur Erüierung von gemeinsamen Projekten.

Neben diesen genannten europäischen Netzwerken gibt es eine Vielzahl von deutschen Dachverbänden, die keine unmittelbare Mitgliedschaft erfordern und die ihrerseits wieder in europäischen Verbänden Mitglied sind. Über diese Strukturen werden ebenfalls Informationen auf europäischer Ebene sichergestellt.

4. Auszeichnung der Stadt Dortmund als Europaaktive Kommune in NRW

Die Landesregierung (Ministerium für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien) zeichnet Kommunen, Kreise und Gemeinden aus, in denen der europäische Gedanke praxisnah gelebt wird und die sich besonders dafür engagieren, ihren Bürgerinnen und Bürgern Europa näher zu bringen. Im Frühjahr 2014 hat sich die Stadt Dortmund um die Auszeichnung "Europaaktive Kommune in NRW" beworben. In dieser Bewerbung wurde die Europaarbeit der Stadt in folgenden Handlungsfeldern beschrieben: Leben und Lernen, Vernetzen und Mitreden, Kommunizieren, Gestalten, Organisieren und Vernetzen und Interessen vertreten. Eine Jury aus Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU), der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn und der Landesregierung haben das Europa-Engagement der Kommunen bewertet und die Stadt Dortmund als Gewinner ausgewählt.

Im November 2014 wurde Dortmund durch die Europaministerin als "Europaaktive Kommune in NRW" ausgezeichnet. In der Begründung heißt es, dass der Gedanke „Europa ein zu Hause geben“ in Dortmund gelebt wird und Europa einen hohen Stellenwert hat. Zusammen mit den Akteuren des Europazentrums NRW, in dem die Auslandsgesellschaften, das Europe Direct Informationszentrum Dortmund und die Europa Union vertreten sind, wird das Thema den Bürgerinnen und Bürgern näher gebracht. Insbesondere Veranstaltungen für junge Menschen stehen dabei im Mittelpunkt.

Die Stadt hat sich insbesondere durch aktive Netzwerkarbeit auf europäischer Ebene positioniert und wurde zusätzlich mit dem Sonderpreis in der Kategorie „Vernetzen und Interessen vertreten“ ausgezeichnet. Im europäischen Netzwerk EUROCITIES, in dem über 130 Großstädte vertreten sind, hat sich Dortmund dafür eingesetzt, dass die Städte in der europäischen Förderpolitik stärker berücksichtigt werden.

Ebenso hat die Stadt den Sonderpreis für ihr Engagement in der Arbeitsgruppe „EU-Zuwanderung“ des Deutschen Städtetages - unter Leitung der Dortmunder Sozialdezernentin - erhalten. Die Stadt Dortmund hat im Thema EU-Zuwanderung Prozesse initiiert und eine Vorreiterrolle übernommen.

5 Ziele und Handlungsempfehlungen

Aufbauend auf den beschriebenen Schwerpunkten der Europaarbeit wurden die im folgenden aufgeführten Handlungsempfehlungen mit den Dezernaten und Fachbereichen in der Europa-Runde und am Runden Tisch Europa mit externen Partnern entwickelt und abgestimmt.

5.1 Verstärkte Akquise von EU-Fördermitteln und Durchführung von europäischen Projekten in der Stadtverwaltung

Dortmund steht wie alle Städte und Metropolen in einem Standortwettbewerb, wobei forschungs- und wissensintensive Wirtschaftszweige zunehmend zu Wertschöpfung und Beschäftigung beitragen. Heute sind es v.a. Städte mit großen Universitäts- und Forschungsinfrastrukturen und innovativen sozioökonomischen Milieus, die an der Spitze einschlägiger Städterankings und Zukunftsstudien stehen.

Die Kohäsionspolitik der EU bietet mit den unter Punkt 2.1 aufgeführten Förderprogrammen den Investitionsrahmen für die Umsetzung der Europa Strategie 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum sowie für die städtische Strategie der nachhaltigen Stadt- und Wirtschaftsentwicklung mit den zentralen Handlungsfeldern Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, Qualifizierung und Bildung, Integration sowie Steigerung der Umwelt- und Lebensqualität. Die städtischen Masterpläne Energiewende, Integration, Wissenschaft, Mobilität, Umwelt, Wohnen, der Aktionsplan Soziale Stadt u.a. sowie die Wachstumsinitiative der Wirtschaftsförderung enthalten die mit den Zielen der Europa Strategie 2020 kompatiblen Projekte und Maßnahmen der Stadtentwicklung.

Durch die Nutzung europäischer Fördermittel soll Dortmund konsequent weiter als Dienstleistungs-, Technologie- und Wissenschaftsstadt ausgebaut werden, um im Standortwettbewerb weiter Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum sicherstellen zu können. Für die Umsetzung der Ziele der Wachstumsinitiative der Wirtschaftsförderung, die Anzahl hochqualifizierter Beschäftigter zu steigern sowie die Standortprobleme wie die hohe Langzeitarbeitslosigkeit, geringes Pro-Kopfeinkommen und die hohe Jugendarbeitslosigkeit mittel- bis langfristig zu lösen, ist die Unterstützung durch europäische Fördermittel unabdingbar.

Eine zentralisierte Akquise von Fördermitteln aus den Strukturfonds EFRE und ESF sowie der Stadterneuerung, wird derzeit nicht favorisiert, da für diese Förderprogramme das vorhandene Spezialwissen in den Fachbereichen vorhanden und unabdingbar ist. Gleichwohl erfordern gemeinsame Projektaufträge beider Förderprogramme eine Koordination von Projekten in den Bereichen Armutsprävention, Soziales, Bildung, Integration und Ökologie.

Zudem ist ein fachbereichsübergreifender Blick auf Fördermöglichkeiten insbesondere in den Aktionsprogrammen empfehlenswert. Eine systematisierte Mittelbeschaffung auch durch eine stärkere Nutzung europäischer Netzwerke, die Gestaltung eines aussagekräftigen Berichtswesens und den Aufbau eines Kompetenzzentrums für Förderfragen und die Abwicklung von Förderprojekten wird angestrebt. Aufbau, Aufgaben und Kooperationen des Kompetenzzentrums werden derzeit entwickelt und in einer gesonderten Vorlage beschrieben.

Mit den externen Partnern, die zum Thema Europa arbeiten, wurde der „Runde Tisch Europa“ eingerichtet, um das Thema Europa näher an die Bürgerinnen und Bürger heranzutragen. Durch Austausch, bessere Vernetzung und Nutzung gemeinsamer Ressourcen sollen Schwerpunkte und Kompetenzen deutlicher erkennbar und mehr gemeinsame Projekte ermöglicht werden. Ein Ziel ist, durch bessere Vernetzung und im regelmäßigen Austausch gemeinsame Projekte zu entwickeln und umzusetzen.

5.1.1 Handlungsempfehlungen zu den Strukturfonds EFRE und ESF

- Die Wirtschaftsförderung hat sich in der neuen Förderperiode an den Projektaufträgen Competentia NRW und Regio.NRW beteiligt. Eine Entscheidung des Landes, welche Projekte eine Förderung erhalten, wird im Laufe des Jahres 2015 fallen. Eine Beteiligung an weiteren, derzeit noch nicht bekannten Projektaufträgen des Landes, ist vorgesehen, wenn diese für Dortmund relevant sind.
- Die Wachstumsinitiative der Wirtschaftsförderung ist Grundlage für die Einwerbung von EU-Fördermitteln für Projekte. D.h. eine Information der Unternehmen über die entsprechenden Fördermöglichkeiten muss durch die Wirtschaftsförderung gewährleistet werden.
- Mit Mitteln des ESF und des Förderprogramms Soziale Teilhabe sollen Jobs für Langzeitarbeitslose mit Hilfe von Unternehmen geschaffen werden.
- Projektauftrag: Starke Quartiere – Starke Menschen
Die laufenden und in 2015 startenden Stadterneuerungsprogramme in der Nordstadt, im Unionviertel, im Hörder-Zentrum sowie in Westerfilde werden über Bundes- und Landesmittel der Städtebauförderung finanziert. Eine Kofinanzierung durch EFRE-Mittel ist möglich und wird derzeit in Abstimmung zwischen dem Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW, der Bezirksregierung Arnsberg und der Stadt Dortmund geprüft. Grundlage für die Förderung sind die vorliegenden Integrierten Handlungskonzepte, die bei Bedarf um ESF-finanzierte, soziale und ökonomische Maßnahmen ergänzt werden können. Mit den Integrierten Handlungskonzepten in diesen Quartieren liegt die Voraussetzung für eine Förderung über den Programmaufruf „Starke Quartiere – Starke Menschen“ vor. Für weitere strukturell benachteiligte Stadtteile/Quartiere, für die bisher keine Integrierten Handlungskonzepte vorliegen, ist unter Beachtung der vorhandenen Ressourcen zu prüfen, für welche Stadtteile weitere Integrierte Handlungskonzepte zu erstellen sind. Diese sollten sich an den 13 Aktionsräumen des Aktionsplans Soziale Stadt unter Berücksichtigung von „Nordwärts“ orientieren.
Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe für den Projektauftrag „Starke Quartiere – Starke Menschen“ wurde eingerichtet.
- Die Möglichkeiten einer EU-Förderung (EFRE, ESF) für die im Rahmen von „Nordwärts“ zu entwickelnden Projekte soll geprüft werden. Bereits geplante Projekte sind in die vorhandenen Integrierten Handlungskonzepte einzubeziehen und Förderanträge sind zu stellen.

- Vor dem Hintergrund der angekündigten Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene muss die aufgebaute Koordinierungsgruppe EU-Armutswanderung so weiterentwickelt werden, dass mit interdisziplinärem Know-how integrierte Konzepte für die erkannten Handlungsbedarfe entwickelt und für ihre Umsetzung Mittel abgerufen werden können. Gleichzeitig müssen überörtlich sowohl auf Landes- wie auch auf Bundes- und EU-Ebene die Forderungen nach Gelingensbedingungen weiter mit Nachdruck vertreten werden.
- Die „Stärkung des Trägernetzwerkes durch studentische Integrationshelfer/innen“ wird fortgesetzt. Entsprechende Gespräche mit dem MAIS führten zu dem Ergebnis, dass geänderte Förderkriterien eine deutliche Vereinfachung der Beantragung und Abwicklung der Fördermittel bewirken. Zusätzlich zur Weiterförderung des Einsatzes der bereits eingestellten Studierenden besteht die Möglichkeit, weitere vier Studierende aus der zum Wintersemester 2015 (ab September 2015) startenden Kohorte aus Fördermitteln zu beschäftigen. Hier befinden sich – was die Einsatzorte angeht – Stadt und freie Träger im Abstimmungsprozess. Die Stadt plädiert für einen Einsatz bei den freien Trägern.
- Für den Bereich „Stärkung der Teilhabe benachteiligter EU-Zuwanderer und –Zuwanderinnen am Arbeitsmarkt“ ist ein Anschlussantrag geplant. Auf der Grundlage der Projektergebnisse soll die dann faktenbasierte Fortentwicklung der Projektbausteine erfolgen und entsprechende Mittel beantragt werden. Auch hier gelten die vereinfachten Förderkriterien.
- Im Rahmen des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (EHAP) waren die städtischen Fachbereiche und die freien Träger aufgerufen, Projektskizzen zu formulieren. Koordiniert über die Stadt Dortmund vereinbarten die beteiligten Träger im April einen ersten Vorschlag für ein Verbundprojekt, das im Wesentlichen auf verbesserte Zugänge zu den Regelangeboten durch qualifizierte Sprach- und Kulturmittler (Baustein I) und verbesserte Wohnungszugänge (Baustein II) zielt. Mit der weiter zu qualifizierenden Projektidee wird sich das örtliche Trägernetzwerk am Interessenbekundungsverfahren beteiligen.

5.1.2 Handlungsempfehlungen zu den Aktionsprogrammen

- Um bei Verbänden, Vereinen, Schulen und Schüler/innen für eine Beteiligung an europäischen Austauschprogrammen zu werben, sollen gezielte Informationsveranstaltungen für das Aktionsprogramm ERASMUS+ (Bildung, Jugend, Sport) mit den Nationalen Kontaktstellen durch das Europe Direct Informationszentrum Dortmund und durch Eurodesk durchgeführt werden. Schwerpunkte von Förderanträgen können hierbei die Mobilität von Einzelpersonen (Studierende, Berufsschüler, Auszubildende, junge Menschen im Jugendaustausch, Freiwilligentätigkeit) sowie von Personal im Jugendbereich sein.
- Interessierten Auszubildenden und Anwärter/innen sollte nach Einzelfallprüfung und unter Berücksichtigung aller dienstlichen Belange und der besonderen Erfordernisse von Berufsausbildung und Studium die Möglichkeit gewährt werden, an einem Austausch teilzunehmen. Hierzu sollte die Stadtverwaltung eine Förderung im Programm ERASMUS+ beantragen. Studierende der FHöV NRW können nach den Maßgaben der Studienordnung auch ein selbstorganisiertes Auslandspraktikum während eines Praxismoduls durchführen. Auch in diesem Fall obliegt die Entscheidung darüber der Ausbildungsabteilung im Rahmen einer Einzelfallprüfung.
- Den Partnern der Zivilgesellschaft sollen die Fördermöglichkeiten des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« in einer Informationsveranstaltung mit der zuständigen Kontaktstelle Deutschland erläutert werden. Diese Veranstaltung ist vom Europe Direct Informationszentrum Dortmund in Zusammenarbeit mit der Stadt vorzubereiten.

5.2 Europa den Bürgerinnen und Bürgern verständlicher machen

Durch gezielte Informationen über europäische Themen für Bürgerinnen und Bürger, soll die Europaskepsis aufgebrochen werden. Je besser die Menschen in Dortmund ihre Rechte als Unionsbürgerinnen und –bürger und die Chancen verstehen, desto fundiertere Entscheidungen können sie treffen. Ziel ist, bei den Bürgerinnen und Bürgern das Wissen über die Europäische Union zu vertiefen und in einen Dialog mit den Dortmunder Bürgerinnen und Bürgern zu europäischen Themen zu treten. Durch verschiedene Kommunikationsinstrumente, Netzwerkarbeit und ein breites Angebot an Europaveranstaltungen, soll die Hemmschwelle gesenkt werden, sich mit Fragen und Themen der Europäischen Union auseinander zu setzen und Antworten zu finden.

Diese Informationsveranstaltungen finden überwiegend in Zusammenarbeit mit den unter Punkt 5.5 genannten Akteuren statt.

5.2.1 Handlungsempfehlungen

- In gemeinsamen Veranstaltungen der Stadt (Internationale Beziehungen/Europa) soll eine dialogorientierte Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern Dortmunds erfolgen.
- Der monatliche Newsletter des Europe Direct Informationszentrums Dortmund soll für die Veranstaltungen aller zivilgesellschaftlichen Akteure genutzt werden.
- Soziale Netzwerke sollen genutzt und die Internetseiten der verschiedenen Akteure verlinkt werden.
- Gemeinsame Veranstaltungen mit Partnern in 2015
 - Europawoche: Ticken die Polen anders? (AgD)
 - Grüne Woche Europa 18.-21. Mai 2015 (AgNRW, EDIC, Stadt)
 - Vergabe Europäischer Schulpreis 21. Mai 2015 (Land NRW, Europa Union, Stadt)
 - TTIP - Was kommt auf die Kommunen zu? September 2015 (AgNRW, EDIC, Stadt)
 - 50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel:
Vortrag des Präsidenten der Deutsch-Israelischen Wirtschaftsvereinigung Grisha Alroy Arloser am 20.10.2015 (AgNRW)
 - Städtepartnerschaftskonferenz Ende 2015 (AgD, Stadt)
- Durch gemeinsame Veranstaltungsreihen (z.B. IHK/VHS) soll Europa als wirtschaftliches Erfolgsmodell und die Chancen in Europa dargestellt werden, z.B. Jobs, Fachkräftesicherung, Binnenmarkt.
- Unter dem Thema „Europa in Dortmund“ sollen europäische (Förder-)projekte aus unterschiedlichen Bereichen (z.B. Städtepartnerschaft, Schule, Wirtschaft, Vereine, Verbände) vorgestellt werden.
- Europa an erfolgreichen Personen darstellen, z.B. in der örtlichen Presse und im monatlichen Newsletter des Europe Direct Informationszentrums Dortmund oder mit der neuen Imagekampagne Dortmund.überrascht.Dich.

5.3 Stärkere Einbindung der Politik in die Europaarbeit

Das zentrale politische Gremium für das Thema Europa ist seit Sommer 2014 der Ausschuss für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung. Der Ausschuss ist für alle kommunalrelevanten europäischen Themen, insbesondere wirtschaftsrelevante, zuständig und wird regelmäßig über die Umsetzung des Handlungskonzeptes Perspektive Europa informiert.

Für die Beschlüsse über Förderanträge und sonstige Maßnahmen der Dezernate sind weiterhin die Fachausschüsse zuständig.

5.3.1 Handlungsempfehlungen:

- Regelmäßige Berichterstattung im Verwaltungsvorstand durch das Büro Internationale Beziehungen/Europa.
- Regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung zu aktuellen europäischen Themen sowie zum Handlungskonzept Perspektive Europa, um das Thema Europa politisch zu verankern, aber auch aus kommunalpolitischer Sicht beeinflussen zu können.
- Einbindung der Bundes- und Landtagsabgeordneten, um ein besseres Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen bei europäischen Themen und Herausforderungen zu ermöglichen und damit frühzeitigen Einfluss auf die Europapolitik des Bundes zu nehmen.
- Teilnahme von Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik an den Delegiertensammlungen des RGR Deutsche Sektion. Die nächste Sitzung findet im Oktober 2015 statt.
- Regelmäßiger Austausch des Büros Internationale Beziehungen/Europa mit MdEP.

5.4 Stärkung der Lobbyarbeit und Mitarbeit in den europäischen Netzwerken

Ziel ist, die Dortmunder Interessen noch stärker als bisher in die europäische Politik einzubringen und diese zu festigen. Bereits heute werden diese Interessen durch die Mitarbeit im europäischen Städtenetzwerk EUROCITIES gegenüber der Europäischen Kommission vertreten. Darüber hinaus soll EUROCITIES als Plattform bei der Suche nach europäischen kommunalen Projektpartnern helfen.

5.4.1 Handlungsempfehlungen

- Stärkere Mitarbeit durch die Einbeziehung weiterer Dezernate/Fachbereiche in verschiedenen Foren/Arbeitskreisen des Städtenetzwerkes EUROCITIES, um die Dortmunder Interessen im Rahmen von Gesetzgebungs- und Anhörungsverfahren frühzeitig einzubringen.
- Einladung von Mitgliedern der Europäischen Kommission nach Dortmund, um die Herausforderungen der Kommune darzustellen und die Lage vor Ort für die EU-Kommission zu verdeutlichen. Dies wurde erfolgreich zum Thema der Süd-Ost-Zuwanderung durchgeführt. Hierbei konnten durch intensiven Kontakt mit der EU-Kommission die kommunalen Herausforderungen – insbesondere für Dortmund – deutlich gemacht werden.
- Weiterhin in Abhängigkeit vom Thema kontinuierliche Bewerbung um den jährlich ausgeschriebenen EUROCITIES Award.
- Präsentation der Region „Westfälisches Ruhrgebiet Dortmund, Kreis Unna, Hamm“ beim Sommerfest der Landesregierung NRW in Brüssel am 30.06.2015. Beteiligte sind die IHK, Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen und der Wissenschaft sowie Unternehmen.

5.5 Stärkere Vernetzung der Stadtverwaltung mit den Akteuren der Zivilgesellschaft

Ziel ist, den europabezogenen Informationsfluss innerhalb der Stadtverwaltung und mit den Akteuren der Zivilgesellschaft sicherzustellen und über aktuelle europäische Themen zu informieren. Hierzu wurde die Europa-Runde eingerichtet. Themen und Schwerpunkte werden durch das Büro Internationale Beziehungen/Europa in Abstimmung mit den Dezernaten/Fachbereichen vorgeschlagen und vorbereitet. Die Koordination der Mitarbeit der Dezernate/Fachbereiche in europäischen Netzwerken erfolgt in der Europa-Runde.

Die einzelnen Dezernate und Fachbereiche sind über ihre (Dortmunder) Netzwerke bereits gut mit den für sie wichtigen Akteuren vor Ort vernetzt wie das Dezernat 5 im Dortmunder Netzwerk EU-Zuwanderung, die Wirtschaftsförderung mit den Kammern, den Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen oder das Kulturbüro mit Kulturvereinen und den freien Trägern der Kulturszene.

Um eine noch bessere Vernetzung der europapolitischen Akteure herzustellen, hat das Büro Internationale Beziehungen/Europa mit den Akteuren des Europazentrums NRW (AgNRW, AgD, Europa Union, Europe Direct Informationszentrum Dortmund, Eurodesk), dem Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e.V. IBB, dem Jugendring, den Hochschulen, den Kammern sowie weiteren Vereinen und Verbänden den „Runden Tisch Europa“ eingerichtet. Je nach Themenschwerpunkte werden bei Bedarf weitere Akteure, z.B. aus den Bereichen Kultur, Sport, Integration eingeladen.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure arbeiten seit vielen Jahren mit der Stadt an europäischen Themen und Fragestellungen. In ihren Aktivitäten spiegelt sich ein breites Spektrum an Informationen, Beratungen, Veranstaltungen und Begegnungen wider. Der „Runde Tisch Europa“ will das Thema Europa noch näher an die Bürgerinnen und Bürger herantragen.

5.5.1 Handlungsempfehlungen

- Der „Runde Tisch Europa“ soll durch Austausch, bessere Vernetzung und Nutzung gemeinsamer Ressourcen Schwerpunkte und Kompetenzen erkennen, bündeln und dadurch gemeinsame Projekte ermöglichen.
- Die Treffen des „Runden Tisch Europa“ sollen 2-3 Mal pro Jahr stattfinden. Diese Treffen sollen bei den verschiedenen Partnern stattfinden, um die Arbeit der einzelnen Vereine, Organisationen und Institutionen vorzustellen und besser kennenzulernen.
- Optimierte Schnittstellenmanagement zwischen der Stadt und den externen Partnern: Da Projekte lange Vorlaufzeiten haben, wird eine noch stärkere, frühzeitige Abstimmung der Akteure hinsichtlich finanzieller, personeller und inhaltlicher Ressourcen vorgeschlagen.
- Der Austausch „Fachkräfte begegnen Europa“ zur interkulturellen Schulung (Soziales, Pädagogik, Kultur), bisher vom IBB durchgeführt, könnte ausgebaut werden.
- Sprachkurse werden als wichtiges Instrument für Integration gesehen und müssen ausgebaut werden.
- Die TU Dortmund möchte Zuwanderung als neues Thema aufgreifen und internationale Studierende als Netzwerkpartner nutzen.
- Das Projekt der AgD und des Zentrums für Türkeistudien: Erfolgreiche Migranten/innen geben ihre Erfahrungen als Vermittler/Mediatoren/Scouts an Zuwanderinnen und Zuwanderer weiter, kann Anregungen für ähnliche Ansätze geben.
- Durch sektorale Vernetzung können gemeinsame Interessen gebündelt und Unterarbeitsgruppen zu bestimmten Themen gebildet werden.
- Teilnahme von städtischen Mitarbeiter/innen an Seminaren des Studieninstituts Ruhr zu Themen wie EU-Förderrecht und –Vergabe, Europarecht und –politik.
- Eine unabhängige, ehrenamtliche Persönlichkeit soll als Beauftragter für Europa die weitere Umsetzung des Handlungskonzeptes Perspektive Europa begleiten und unterstützen sowie die Vernetzung zu weiteren Europa-Akteuren außerhalb von Dortmund und nach Brüssel sicherstellen.
- Ein Beirat „Runder Tisch Europa“ unter Vorsitz des Oberbürgermeisters mit dem Beauftragten für Europa, Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Europazentrum NRW, Jugendring und ehrenamtlichen Akteuren soll Impulse und An-

regungen für die Außendarstellung der Stadt Dortmund in Europa geben und eine noch bessere Zusammenarbeit bei (Förder-)Projekten ermöglichen.

Aufgaben des Büros Internationale Beziehungen/Europa (s. Organigramm):

- Regelmäßige Information an die politischen Gremien über aktuelle europäische Entwicklungen und die Umsetzung des Handlungskonzeptes
- Zentrales Informationsmanagement für die Dezernate und Fachbereiche zu europäischen Themen und Förderprogrammen.
- Koordination europäischer Netzwerke, insbesondere Eurocities
- Koordination der europapolitischen Lobbyarbeit der Stadt
- Vorbereitung und Durchführung der Europa-Runde mit den Dezernaten und Fachbereichen
- Vorbereitung des Beirates „Runder Tisch Europa“ unter Vorsitz des Oberbürgermeisters
- Vorbereitung und Durchführung des Runden Tisch Europa mit den externen europapolitischen Akteuren der Zivilgesellschaft (Entwicklung gemeinsamer Veranstaltungen, Projekte etc.).
- Planung und Durchführung von Veranstaltungen zum Thema Europa, teilweise mit Partnern der Zivilgesellschaft.

